

sozialen und politischen Faktor dar. Deshalb bezieht sie bewußt oder unbewußt Stellung in politischen Fragen. 2. Man kann von ihr nicht in allen Fragen und Situationen vorgefertigte Antworten erwarten. 3. Sie muß die Christen anleiten, sich für eine bessere Welt einzusetzen. Als Grundfunktionen in diesem Aufgabenbereich weist man ihr zu:

1. einen erneuten Beweis der Glaubwürdigkeit, 2. Verstärkung ihrer prophetischen Rolle durch Erziehungsarbeit, 3. Verwirklichung ihrer vopolitischen Funktion ohne

direkte Einmischung in die Politik, 4. Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit allen Gutwilligen. Dazu werden detaillierte Forderungen aufgestellt, die sich teilweise mit den im offiziellen Dokument genannten decken, zur Ergänzung jedoch unbedingt herangezogen werden sollten. — Insgesamt gesehen, weist dieses Arbeitspapier seine besonderen Stärken in den durch Fakten untermauerten Kapiteln 1 und 3 auf. Ohne Berücksichtigung dieser Daten blieben die meisten Diskussionen weltfremd und akademisch.

Das Vatikanische Sekretariat für die Nichtglaubenden

Versuch einer Bilanz nach sechs Jahren

„Bringt eine radikale Säkularisierung der Gesellschaft die Chance mit sich, den Glauben reiner, bewußter und verantwortlicher, da weniger soziologisch bedingt, zu machen und den Menschen besser zu dienen?“ Diese Frage, die der Papst in seiner Ansprache vom 18. März 1971 an die Mitglieder des Sekretariats für die Nichtglaubenden richtete, verneinte er in der Überzeugung, dieser Prozeß könne höchstens für eine „Elite“ eine „religiöse Reifungschance“ bedeuten. Zunächst sei er jedoch faktisch ein „fruchtbarer Boden für den Atheismus, für alle die — und sie werden immer die Mehrzahl sein —, deren Glaube schwach und mangels äußerer Stützen nur mit Mühe am Leben bleibt“ („Osservatore Romano“, 19. 3. 71). In die Zukunft gerichtet war seine Forderung: die Gläubigen hätten angesichts der Säkularisierung „eine prophetische Mission zu erfüllen, nämlich die Tendenz des säkularisierten Menschen in Frage zu stellen, sich in sich selbst zu verschließen, in seinen eigenen Kräften das Heil und die Befreiung von allen Übeln, einschließlich der Sünde und des Todes, zu suchen“.

Die Mitglieder des Sekretariats für die Nichtglaubenden, zu denen der Papst sprach, waren vom 16. bis 18. März in Rom zur bisher letzten Vollversammlung zusammengekommen, um nach sechsjährigem Bestehen eine erste Bilanz ihrer bisherigen Tätigkeit zu diskutieren, die gemachten Erfahrungen auszuwerten und — wenn nötig — für die Zukunft neue Perspektiven abzustecken. Die Vollversammlung war durch eine Plenarsitzung der Konsultoren vom 28. bis 31. Oktober 1970 vorbereitet worden. Sie hatten die Bilanz der ersten sechs Jahre erstellt.

Gründung und Struktur

Gemäß der Intention der überwiegenden Mehrheit der Bischöfe hatte das Konzil gegen den Widerstand einer kämpferisch eingestellten Minderheit davon Abstand genommen, den Atheismus in irgendeiner seiner verschiedenen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ausprägungen zu verdammen. Es hatte ihn vielmehr als Herausforderung an die Christen verstanden, an ihr Gottesbild, an ihr christliches Leben und als Anlaß zu ernster Gewissensforschung, die auch die Mitschuld der Christen an seinem Entstehen nicht verschwiege. Es hatte den ihm oft zugrundeliegenden Humanismus in Form eines Protestes gegen die Übel dieser Welt sogar als Basis für eine Zusammenarbeit angesehen, die nicht „ohne einen aufrichtigen und klugen Dialog“ geschehen könne („Gaudium et spes“, Abschnitt 19—21). In seiner Enzyklika „Ecclesiam suam“ vom 10. August 1964 (vgl. Herder-Kor-

respondenz, 18. Jhg., S. 567—583) hatte der Papst selbst zu vorsichtiger und zurückhaltender Beurteilung der modernen Atheisten aufgefordert. Man müsse nach den „komplexen und vielfältigen“ Motiven des Atheismus suchen, seinen „Traum nach Gerechtigkeit und Fortschritt“ sehen und dürfe die Hoffnung auf einen „positiven Dialog“ zwischen der Kirche und den Atheisten nicht aufgeben.

Von solchen Zielvorstellungen her gründete der Papst als drittes Sekretariat (nach dem für die Einheit der Christen 1960 und dem für die nichtchristlichen Religionen 1964) am 9. April 1965 das Sekretariat für die Nichtglaubenden, das ebenso wie die beiden anderen Sekretariate keine Verwaltungsaufgaben zu versehen hatte, sondern das Studium über und den Kontakt mit den Nichtglaubenden, den theoretischen und praktischen Atheisten und den religiös Indifferenten pflegen sollte.

Der Präsident des Sekretariats, Kardinal *F. König* (Wien), und sein Sekretär, der italienische Salesianer *V. Miano*, Dekan der philosophischen Fakultät seines Ordens in Rom und Atheismusfachmann, arbeiteten bis zum Abschluß des Konzils einen ersten Strukturentwurf aus, der vom Papst angenommen wurde.

Zum Sekretariat gehören z. Z. 28 Mitglieder, darunter drei Kardinäle (*P. Gouyon*, Frankreich, *J. Höffner*, und *N. Rocca*, Rom) und 25 Bischöfe und Erzbischöfe aus den verschiedensten Teilen der Welt. Die augenblickliche Zahl von 59 Konsultoren, die vom Papst für jeweils fünf Jahre ernannt wurden, will man jedoch nach Ablauf dieser Frist auf 40 begrenzen, da ganz allgemein für die Konsultoren der einzelnen römischen Dikasterien in Zukunft eine Höchstzahl vorgesehen ist.

Die angestrebte gesamtkirchliche *Repräsentativität* ist allenfalls bei den bischöflichen Mitgliedern verwirklicht. Zu ihnen gehören zehn Mitteleuropäer und zehn Vertreter der Dritten Welt. Drei kommen aus dem kommunistischen Machtbereich. Die USA sind jedoch lediglich mit einem Bischof vertreten. Demgegenüber hat bei den Konsultoren Mitteleuropa mit 40 Konsultoren das erdrückende Übergewicht. Der Ostblock und die Dritte Welt stellen nur je drei, die USA sechs und Lateinamerika überhaupt keinen Vertreter.

Parallel zum römischen Zentralorgan, dessen Funktion hauptsächlich in der Koordinierung, im Anregen von Initiativen und in der Information besteht, wurden bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt 18 *nationale Sekretariate* geschaffen: sieben in *Europa* (Deutschland, Frankreich, Holland, Spanien, England, Ungarn und Polen), eines in *Afrika* (Südafrika), drei in *Asien* (Philippinen, Indone-

sien, Japan), eins in *Ozeanien* (Australien), eins in *Nordamerika* (Französisch-Kanada) und sechs in *Lateinamerika*. 22 Länder haben „*Nationale Vertreter*“.

Diese Ländersekretariate sind den Bischofskonferenzen zugeordnet; ein Bischof trägt ihnen gegenüber die Verantwortung. Die Bischofskonferenz ernennt auch den Sekretär, der die konkrete Arbeit leistet. Das deutsche Sekretariat wurde erst im Februar 1970 errichtet; zum Sekretär wurde Prof. *H. Vorgrimler* (Freiburg/Luzern), Mitherausgeber der Internationalen DIALOG Zeitschrift, ernannt; der verantwortliche Bischof ist *J. Stimpfle* von Augsburg.

Es bleibt noch beim Versuch

Versucht man, sich nach sechs Jahren einen Überblick über die bisherige Tätigkeit des zentralen Sekretariats und der Ländersekretariate im Sinne ihrer doppelten Aufgabe zu verschaffen, so wird sehr bald deutlich, daß man noch ganz in den Anfängen der Arbeit steckt. Das kann bei einem Organ, das auf keinerlei Erfahrungen analoger kirchlicher Organe zurückblicken kann, auch nicht verwundern. Im Rahmen der *ersten Aufgabe* des Sekretariats, nämlich die verschiedenen und verschieden intensiven Ausprägungen des Unglaubens, seine Wurzeln und Ursachen zu erforschen, begann man zunächst brieflich und persönlich mit den wichtigsten katholischen und anderen Universitäten Europas, Süd- und Nordamerikas Kontakt aufzunehmen. Das Ergebnis war ernüchternd. Es gab so gut wie keine wissenschaftlichen Forschungen über das Phänomen des Unglaubens, vor allem nicht in seinen psycho-sozialen Verflechtungen. Nach dieser Feststellung entschloß man sich daher, internationale Treffen zu fördern oder zu veranstalten, um erst einmal das Bewußtsein der Wissenschaftler für die Problematik des Phänomens aufzuschließen.

Ein erstes Round-table-Gespräch über die „sozio-psychologischen Dimensionen des Atheismus“ im Oktober 1966 in Rom diente daher der Klärung des Begriffs des Unglaubens und der Erarbeitung geeigneter Forschungsmethoden. Man wurde sich bald darüber klar, daß ein solches Unternehmen nur mit einem größeren Aufgebot international anerkannter Fachleute erfolgversprechend sein würde. So kam es zum ersten Internationalen Symposium zwischen Soziologen und Theologen über „die Kultur des Unglaubens“, das vom 24. bis 27. März 1969 stattfand und hauptsächlich von der Fiat-Stiftung Agnelli finanziert wurde. Zum Abschluß des Symposiums wurde ein Ausschuß gebildet, der unter dem Vorsitz von *Ch. Glock*, dem Dekan der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität von Berkeley (Californien), einen Plan zur Erforschung der Problematik des Unglaubens unter sozio-psychologischer Rücksicht ausarbeiten soll, um ihn dann in internationaler Zusammenarbeit zu verwirklichen. Als zweite Aufgabe wurde dem Ausschuß übertragen, ein zweites Symposium vorzubereiten, das die Dimensionen des modernen religiösen Bewußtseins bzw. die Beziehung zwischen dem kirchlichen Glauben und den sog. „neuen Göttern“ klären soll. Die Vorbereitungen dazu sind dank verschiedener gemischter Arbeitsgruppen in verschiedenen Ländern zur Zeit abgeschlossen. Ein Termin scheint jedoch nicht festzustehen.

Die *Schwierigkeiten*, das Phänomen des Unglaubens in seinen vielfältigen sozial-psychologischen, historischen und kulturellen Verflechtungen in den Griff zu bekom-

men, sind enorm und noch längst nicht bewältigt. Dies wurde u. a. auf dem erwähnten internationalen Symposium deutlich, wo sich herausstellte, daß die Meinungsverschiedenheiten unter den Soziologen in religionssoziologischen Fragen nicht weniger groß waren als die zwischen Soziologen und Theologen. Wie will man die Nichtgläubenden identifizieren, wenn der Begriff des Unglaubens noch ungeklärt ist und es weitgehend an geeigneten Methoden mangelt, ihn systematisch in sozio-psychologischen und historisch-kritischen Studien zu erforschen, Versuche, Arbeitsdefinitionen aufzustellen wie z. B. Nichtgläubende sind jene, die „keinen Glauben an einen transzendenten Gott haben und die deshalb jede Religion als entfremdend oder zumindest als bedeutungslos für den Menschen ablehnen oder nicht würdigen“ — so *V. Miano* auf der letzten Konsultorentagung —, stoßen auf die weitere Problematik des Gottes- und Glaubensbegriffes und ihrer Beziehung zur Religion, zur Geschichte und zum Dogma.

Mit diesem Problem hängen auch die Einwände zusammen, die man gegen den Namen des Sekretariats erhob. Er sei, so meinte eine Reihe von Konsultoren, „offensiv“ und rein „negativ“. Die „Nichtgläubenden“ selbst möchten nicht so genannt werden oder halten sich selbst nicht dafür, da auch sie einen ihnen eigenen „Glauben“ hätten. 27 Konsultoren hatten sich im Oktober 1970 für eine Namensänderung ausgesprochen (etwa in: Sekretariat für den Dialog mit der Welt von heute, mit der säkularisierten Welt, mit den Humanisten u. a.). Die diesjährige Vollversammlung der Mitglieder sprach sich jedoch mehrheitlich für die vorläufige Beibehaltung des bisherigen Namens aus, da die gemachten Vorschläge nicht für besser gehalten wurden. Den nationalen Sekretariaten wurde es freigestellt, eine ihnen passend erscheinende andere Bezeichnung zu wählen.

Noch in den ersten Tätigkeitsbereich des Sekretariats fällt der *Einbau des Atheismusstudiums in die Priesterausbildung* durch die „Nota“ über das „Studium des Atheismus und den Dialog mit den Nichtgläubenden“, die am 24. November 1970 veröffentlicht wurde (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 7 f.). Diese konkretisiert die allgemeine Forderung des Konzils wie die des Rahmengesetzes über die Priesterausbildung vom 6. Januar 1970 (vgl. Herder-Korrespondenz, 24. Jhg., S. 213—217). Andere Initiativen des Sekretariats zielen auf die Errichtung von Lehrstühlen und Universitätsinstituten für Atheismusforschung ab. An der Erstellung umfassender Bibliographien wird gearbeitet.

Die *Ländersekretariate* befinden sich hinsichtlich des ersten Schwerpunktes noch weitgehend im „Stadium der Bestandsaufnahme, vor allem im Kontakt mit den philosophischen und theologischen Fakultäten und den Spezialbibliotheken“ (*H. Vorgrimler*). In Italien wird zur Zeit unter Leitung von *S. Acquaviva*, Professor für Soziologie an der Universität Padua, in zwei „typischen“ Regionen eine vom „Consiglio Nazionale delle Ricerche“ finanzierte Untersuchung über das Phänomen des Unglaubens durchgeführt. Die italienische Bischofskommission für den Ökumenismus, die auch für den Dialog mit den Nichtgläubenden zuständig ist, bereitet gegenwärtig einen Kongreß über den „ideologischen“ und praktischen Atheismus vor. In Frankreich hat sich die Arbeit der Landessekretariate bisher am intensivsten entfaltet. Man entschied sich für die Arbeit in kleinen beruflich und weltanschaulich verschieden zusammengesetzten Gruppen von Christen

und Nichtglaubenden. Im Augenblick steht der Plan eines Nationaltreffens der verschiedenen Gruppen zur Debatte.

Wird ein Dialog möglich

Nicht weniger schwierig, wenn nicht noch schwieriger erwies sich die Arbeit im zweiten Aufgabenbereich des Sekretariats, die *Kontaktpflege* und die *Bemühungen um einen Dialog*. Dieser Dialog kann sich nach dem offiziellen am 1. Oktober 1968 veröffentlichten Arbeitsprogramm, das sich das Sekretariat selbst gegeben hatte (vgl. Herder-Korrespondenz, 22. Jhg., S. 572—577), in drei Formen abspielen: als Begegnung von Einzelpersonlichkeiten oder Gruppen, als theoretischer bzw. weltanschaulicher Dialog und als praktische Zusammenarbeit „dort, wo wir — wie Kardinal König erst kürzlich in einem Interview mit der deutschen Ausgabe der internationalen Monatszeitschrift „Neue Stadt“ (Mai 1971) erklärte — gemeinsame Aufgaben haben: für den Frieden, für eine gerechte soziale Ordnung, für eine menschenwürdige Welt“. In all diesen Formen des Dialogs geht es nicht um Bekehrung, sondern um den Abbau von gegenseitigen Vorurteilen, um gemeinsame Wahrheitsfindung und um gemeinsames Handeln.

Als Hauptschwierigkeit, mit den Nichtglaubenden und Atheisten zu einem Dialog zu kommen, erwies sich die Tatsache, daß es so gut wie keine homogene, nach dem Merkmal des Unglaubens organisierten Gesprächspartner gibt. Zudem ist das mit „Nichtglauben“ bzw. „Atheismus“ angesprochene Phänomene zu vielfältig und vielschichtig, und sind die ihm zugrundeliegenden Philosophien und Ideologien zu verschiedenartig, um sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu lassen. Unglaube ist immer auch ein persönlicher Unglaube. Finden sich organisierte Gruppen als Gesprächspartner, so sind sie im Westen wie in den kommunistischen Ländern zumeist auf der Basis einer politischen Partei organisiert, die politische Ziele verfolgt. Dies birgt oft die Gefahr einer Politisierung des Dialogs in sich. Das geringe Interesse, das gerade von seiten dieser Länder — anders als im Westen — der Dialogbereitschaft der Kirche auf diesem Gebiet entgegengebracht wurde, ist ein weiteres Hindernis.

So kam es bisher — mit einer Ausnahme — noch zu keinem vom römischen Sekretariat oder von einem Landessekretariat organisierten nationalen oder internationalen offiziellen Kolloquium zwischen Glaubenden und Nichtglaubenden. Die einzige Ausnahme ist die Internationale Humanistische Union (International Humanist and Ethical Union), die von Anfang an gute Beziehungen zum römischen Sekretariat wünschte. Mit ihr kam es zu zwei Treffen im April 1966 in Amersfoort (Holland) und Anfang Oktober 1970 in Brüssel. Beide Tagungen dienten in erster Linie der gegenseitigen Information und dem gegenseitigen Kennenlernen. Auf Einladung des Präsidenten der Union nahm V. Miano im Juli 1966 am internationalen Humanistenkongreß in Paris und sein Stellvertreter, A. Grumelli, am gleichen Kongreß 1969 in Hannover teil. Inzwischen hat sich auf Initiative der skandinavischen Bischofskonferenz eine Arbeitsgruppe für den Dialog mit den Humanisten in Skandinavien gebildet. Diese ersten Treffen führten noch zu keinen Ergebnissen konkreter Zusammenarbeit.

Trotz aller Schwierigkeiten lassen sich aus den bisherigen bescheidenen Versuchen eines offiziellen oder inoffiziellen

Dialogs schon einige *positive Auswirkungen* beobachten: eine spürbare Klimaverbesserung und erste Anzeichen eines Wandels in der Haltung gegenüber den Nichtglaubenden bzw. gegenüber den Glaubenden. War das gegenseitige Verhältnis in der Vergangenheit oft von Mißtrauen, Abneigung und Feindseligkeit, im günstigeren Falle von Unwissenheit und Intoleranz geprägt, so lernte man sich in der Begegnung auf den verschiedenen Treffen, Tagungen und Kongressen besser kennen und achten. Man erkannte auf seiten der Nichtglaubenden, daß das Christentum von sich aus weder menschen- noch fortschrittsfeindlich ist, sondern für die Durchsetzung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit in der Welt einen wertvollen Beitrag zu leisten vermag.

Aber auch die Christen erkannten und verstanden besser die Komplexität des Phänomens des Unglaubens in seinen vielfältigen kulturellen, sozialen, ideologischen und historischen Verästelungen. Die humanen Anliegen kommen besser in den Blick. Man wird vorsichtiger und differenzierter im Urteil. Dennoch überwog bei den bisherigen Begegnungen der verschiedensten Art im theoretischen Dialog die *Konfrontation* vor einer Integration der Standpunkte. Der theoretische Dialog, an dem das Sekretariat in erster Linie interessiert war und ist, hatte aufs ganze gesehen wenig Erfolg.

Praktische Zusammenarbeit vorrangig?

War man an eine Grenze des theoretischen Dialogs gekommen? Fehlte es auf seiten der Nichtglaubenden und Atheisten an Gesprächsbereitschaft? Hatte man auf seiten der Christen Fehler gemacht? Warum kam es bisher nicht zu einem theoretischen Dialog mit den sowjetischen Ideologen? Diese und ähnliche Fragen führten zur grundsätzlichen Frage nach der Akzentsetzung. Sollte man nicht vorrangig die konkrete praktische Zusammenarbeit mit Nichtglaubenden und Atheisten in Ost und West wenigstens dort suchen, wo eine gemeinsame Aktionsbasis gefunden werden kann? Im Kampf gegen Hunger, Unterentwicklung und Analphabetentum? In der Konfliktlösung und Friedenssicherung? Sollte also das soziale und politische Engagement an die Stelle des theoretischen Dialogs treten?

Die Befürworter einer solchen Umorientierung unter den Konsultoren weisen darauf hin, daß bei den genannten Arten von Zusammenarbeit eine Übereinstimmung über prinzipielle Weltanschauungsfragen nicht erforderlich sei. Einflußreiche Kräfte im Sekretariat halten jedoch diese Konzeption für „pragmatisch“ und machen ihrerseits geltend, auch in der praktischen Zusammenarbeit müsse man sich über deren „Ziel“ verständigen. Dies sei ja nicht immer frei von politischen und ideologischen Rücksichten und führe leicht zu Zweckentfremdung. Die so argumentieren, möchten am theoretischen Dialog festhalten, aber diesen als „privaten“ Dialog in kleinen relativ homogenen Gruppen führen, die nur für sich selbst sprechen. Als hauptsächlicher Gegenstand eines solchen Dialogs wird der Mensch angesehen, der in all seinen Dimensionen nicht erfaßt werden könne, ohne daß man auf seine Offenheit auf die Transzendenz hin stoße. Kardinal König scheint in dieser Frage eine vermittelnde Position einzunehmen: Der theoretische Dialog müsse zwar vom praktischen unterschieden, aber dürfe von ihm nicht getrennt werden, da beide sich gegenseitig bedingen. Dies dürfte die Linie für die nächste Zukunft bleiben.